

Kita-Finanzierung DU möchte gerechtere **Verteilung von Subventionen mit Postulat prüfen**

VADUZ Endlich Gleichbehandlung rund um die Subventionen der Fremdbetreuung von Kindern zu schaffen - auch mit Blick auf die regelrechte Abfuhr der Wirtschaftskammerinitiative vor einem Jahr: Mit diesem Ziel haben «Die Unabhängigen» (DU) ein Postulat eingereicht, das nach Zustimmung des Landtags die Regierung einlädt, verschiedene Punkte rund um das Thema zu beleuchten. So sollen etwa die Vor- und Nachteile geprüft werden, wenn man die staatlichen Subventionen nicht mehr wie bisher den geförderten Kitas, sondern den einzelnen, unterstützungsbedürftigen Familien zukommen lässt - insbesondere inländischen Familien, wenn dies nicht durch EWR-Vorgaben verhindert wird, was es ebenfalls zu überprüfen gilt. Des Weiteren würden die Unabhängigen gerne erfahren,

welche finanziellen Auswirkungen und Mehrkosten zu erwarten sind, wenn nicht nur die Kita, sondern auch die Tagesmutter vom Staat subventioniert wird. Mögliche Sparhinweise zur Kompensation liefern die DU ebenfalls gleich mit - beispielsweise das Angleichen der staatlichen Subventionen an das Niveau der benachbarten Kantone, den Ausschluss von Personen mit hohem Einkommen oder die Verschlankung der bisherigen Strukturen.

Neues Modell vorgeschlagen

Die Subventionierung von Kita-Plätzen ist seit 2011 limitiert - später entstandene Kitas erhalten seitdem keine staatlichen Gelder mehr. Ungerecht und stossend, finden DU: «Es werden bei bestimmten Kitas bewilligte Plätze subventioniert - unabhängig davon, ob sie belegt sind

oder nicht. Andere Kitas wiederum bekommen für belegte Plätze keine Subvention.» Leidtragende seien somit in erster Linie Eltern aus Liechtenstein, die für ihr Kind keinen Betreuungsplatz in einer staatlich subventionierten Kita bekommen haben und für die dortigen Kosten vollumfänglich selber aufkommen müssen. Nach Ansicht der Postulanten sollen die Kitas also nicht mehr wie bisher pauschal nach Anzahl der bewilligten Plätze subventioniert werden, sondern Kitas nach der Differenz zwischen dem von den Eltern zu leistenden Beitrag und den Kosten eines Kita-Platzes ausgerichtet werden. Deren Höhe soll dabei durch das Amt für Soziale Dienste bestimmt werden und nicht von den Kitas selbst - auch wegen des Datenschutzes und zur Vorbeugung möglicher Missbräuche. (hm)